

aufgerissen wurde. Er hörte von dem Unfall zuerst um 4 Uhr am Morgen. Von der „Titanic“ erhielt er seine weitere Mitteilung, außer der Antwort bei dem überwachten Telegrammamt, und sein Funkentelegraphist hielt die Katastrophe absofort geheim, bis sie nach Halifax kamen.

Marconi über die funktentelegraphischen Berichte.

Neuport. (Priv.-Tel.) Der hier persönlich anwesende Marconi, dessen Compagn für die anfänglich falsche, sehr ungenügende Berichterstattung verantwortlich gemacht wird, schiebt die Hauptschuld auf die Hunderte von Funkamateuren, die mit ungenügenden eigenen drahtlosen Stationen Nachrichtenbrüche auffingen, willkürlich zusammenlegten und beim herrschenden Bedürfnisse nach auswendigen Nachrichten rasch in die Öffentlichkeit brachten. Marconi verweist darauf, daß das ursprünglich dem „Titanic“-Telegraphen Phillips zugeschriebene Telegramm an Phillips Verwandte in Surrey (England): „Die „Titanic“ fährt langsam nach Halifax, Schiff tatsächlich unfindbar. Mein Grund zur Sorge“ nicht von Phillips, sondern von dessen Bruder in London zur Beruhigung abgefaßt wurde. Später aber bildete dieses Telegramm den Mittelpunkt der Nachrichten, daß die „Titanic“ unter eigenem Dampf nach Halifax fährt. Marconi schlug der Regierung vor, daß die vier Stationen, die die „Carpathia“ im Laufe der nächsten 24 Stunden in Differenz habe, von seiner Gesellschaft für jeden anderen Dienst gesperrt werden, wenn die Regierung die Verpflichtung übernehme, daß die Befehle aller Anträge vom Lande aus unter Kontrolle der Behörden ständen, so daß die praktische Möglichkeit geschaffen werde, das Richtige ungehindert zu erledigen. Außer den Konkurrenzgesellschaften Marconis bestanden auch noch einzelne große Warenhäuser seit längerem in ihrem obersten Stockwerk vollkommene eingerichtete Stationen für drahtlose Telegraphie. Von den Stundenstationen sind diese Stationen jetzt im höchsten Grade in Anspruch genommen, um direkte Nachrichten von den Dampfern zu empfangen. Dies trägt zur Vermehrung der allgemeinen Konfusion wesentlich bei. Ueber die Quelle aller zwischen London und Neuport und nach erfolgten Veröffentlichungen, insbesondere über die Meldung vom Nachmittage, daß die „Titanic“ von der „Carpathia“ nach Halifax geschleppt werde und alles an Bord wohl sei, wird eine strenge Untersuchung eingeleitet. Im Bureau der Cunard Line wird behauptet, daß bereits Montag um 10 Uhr die Nachricht von dem Untergang bei der White Star Line vorgelesen habe, ebenso, daß der Bericht des Kapitans der „Carpathia“, daß diese im Verzuge an Bord habe, nachweisbar der Cunard-Line mit 24 Stundeniger Verzögerung zugeht worden sei. Hier wird vielfach behauptet, die White Star Line habe die verhängnisvolle Nachricht einen ganzen Tag zurückgehalten, um die im eigenen Interesse liegende Küsterversicherung betreffender Verträge in der Zwischenzeit durchzuführen zu können. Jedenfalls ist die Durchführung der eingehenden Untersuchung zweifellos.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der „Konfessionär“ teilt mit, daß die deutsche Wagnerschaft sich nur in sehr geringer Zahl auf der „Titanic“ befunden haben. Die beiden großen Berliner Expeditionsfirmitäten (Jatob u. Valentin, Strauß u. Kohnen) die den Güterverkehr nach Amerika über England als Spezialität betreiben, haben mit der White Star Line in sehr lebhaftem Geschäftsverkehr und haben somit für Tausende und Abertausende von Mann Winter auf den Dampfern dieser Linie verbracht. Anfolge der Steuerfertigkeit und der dadurch verursachten Einschränkung des Verkehrs hatten diese Firmen nur ganz außerordentlich geringe deutsche Zerbudgeten auf der „Titanic“.

Frankfurt a. M. (Priv.-Tel.) Der „Frankf. Sta.“ wird aus Neuport gemeldet, daß das Bureau der Amerikanischen Vermögensverwaltung eine Depesche erhielt, der zufolge Major Guggenheim, Butt und Strauss sich an Bord der „Carpathia“ befänden.

Portland (Maine). Die Liste der geretteten Zwischendeckspassagiere der „Titanic“ enthält etwa 100 Namen, die meist auf Scandinavier, Russen oder Polen schließen lassen. Vielleicht hängen die Träger der folgenden Namen aus Deutschland: Berta Nelson, Emma Nelson, Karl Nelson, Nora Roth, Arma Reibon, August Abrahamson, Gustav Cohn.

Remont. Der „Remont American“ veröffentlicht eine drahtlose Depesche, nach welcher der Kapitän der „Carpathia“ erklärt hat, er wisse bestimmt, daß außer den Überlebenden, die sich an Bord der „Carpathia“ befänden, niemand gerettet sei.

Remont. (Priv.-Tel.) Der „Evening Telegraph“ veröffentlicht eine englische drahtlose Depesche, wonach sieben Passagiere der „Titanic“ verlost und andere dem Arctik verfallen seien. Hier will man wissen, daß dem Kapitän Smith für ein früheres Eintreffen in Neuport als zur fahplanmäßigen Zeit eine Prämie in Aussicht gestellt worden sei.

Drahtmeldungen

vom 18. April.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Beratung des Justizetats wird fortgesetzt. Abg. Dr. Welber (Centr.) wünscht, daß in den Arbeiten der Strafrechtskommission bei den einschlägigen Materien Pädagogen und Sozialpolitiker zugezogen werden. Der kommissarischen Resolution zum Schutze der Jugend gegen Schmutz- und Schandliteratur stimmt Redner zu. Er fordert eine Vorlage zur Reform der Strafprozedur, eine härtere Veranlagung der Kassen zur Rechtsrechnung, eine Revision der Konkursordnung, ein internationales Vorkaufrecht und Rechtsschutz. Zur ausländischen Intervention verchiedener Gewere sollte beim Reichsjustizamt eine besondere Anstalt eingerichtet werden. Der Wunsch, ein Reichspolizeihandbuchs zu schaffen, schiebt er das Mal hinaus, wenn auch eine große Einheitslichkeit der Polizeiverordnungen dringend zu wünschen sei. Die neue Gewerkerordnung für Zeugen und Sachverständige müsse endlich erlassen werden. Die Strafen, die bei Streit verhängt wurden, seien vielfach zu hoch. Gewiss müßten brutale Auswüchse streng bestraft werden, im allgemeinen aber müsse die große Erregung während eines Streits als irrtümlich angesehen werden. Wenn auch einzelne Richter in untrügender Gerechtigkeit zu verfahren sind, so darf sie doch nicht so trübe berichtet werden, wie dies gestern seitens des Herrn Stadthagen geschehen ist. — Abg. Dr. von Collet (natl.). Die erneute Einbringung einer Strafprozedurvorlage in einer annehmbaren Form ist mein lebhaftester Wunsch. Bis dahin müssen zunächst einige Sonderwünsche erfüllt werden. Notwendig ist vor allem eine richterliche Regelung und Reform des juristischen Studiums. Was ist die Schuld, daß unsere jungen Juristen auf der Universität nicht mehr lernen? (Jurist von links: Die Professoren!) Richtig, auch die Professoren. Unsere jungen Semestler gehen nicht genügend in die Vorlesungen, weil diese nicht interessant genug sind. Das ist besonders bedenklich an kleineren Universitäten, wo für ein Jahr nur ein einziger Vertreter da ist, der einem Studenten unter Umständen die ganze Jurisprudenz vorlesen kann. Unsere Vorlesungen müssen so sein, daß die Studenten das Gefühl haben, daß sie wirklich etwas lernen, dann werden sie auch hinkommen, und wenn sie ein Semestler einmal im Schwarzwald oder in den Bergen herumwandern, dann schadet es auch nichts. (Zehr gut!) Wir wollen eine frühe Wissenschaft, Leute

mit offenen und klaren Augen. Redner verbreitet sich dann über die Art des Examinierens. Schuld daran sei, daß die jungen Leute von Repetitionen auf den Mann dreifertig werden. Dieses mechanische Auswendiglernen ist eine Gefahr für unsere Rechtspflege. Der Redner fordert in diesem Sinne eine Reform der juristischen Vorlesungen. Eine Verlängerung an Semestern ist nicht erforderlich, aber die jungen Leute sollten mehr allgemeine Vorlesungen hören, und man sollte auch auf den Gymnasien schon für staatsbürgerliche Erziehung sorgen. Viel könnten auch die Verbindungen und deren alle Herren tun, wenn sie ihren Kommilitonen nicht sagten: „In den ersten Semestern ist man für die Verbindung da!“, sondern vielmehr darauf hinwies, daß es in heutiger Zeit nicht mehr anständig ist, daß junge Menschen in voller Jugendkraft lehrerlang nichts tun. (Beifall.) Viel könnte durch die Kurse geschehen, wie sie von der Vereinigung für rechts- und staatswissenschaftliche Fortbildung veranlaßt werden. Man sollte das generell für das ganze Reich durchführen; Elfen nach Stellen bringen und umgekehrt. Das würde für die Auffrischung der Rechtspflege viel bedeuten. Vor der großen Reform der Gerichtsverfassung und der Rechtspflege ist in erster Linie ein Jugendaufbau erforderlich, und da sollte man auch die deutschen Frauen als Schöffen in den Jugendgerichten heranziehen. Eine möglichst breite Berücksichtigung des Talentelements aller Klassen der Bevölkerung ist notwendig bei der Bildung der Schöffen- und Geschworenengerichte. Das ist eine dringende Notwendigkeit, so wie es jetzt in der Strafrechtsreform (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Ob sie zu hart ist, kann ich nicht beurteilen, denn ich urteile nicht nach Zeitungsberichten. Ich halte prinzipiell unsere Richter nicht für Klassenrichter. (Beifall.) Ich kritisiere die Rechtspflege nicht nach einer Entscheidung eines Gerichts, deren Tatbestand ich nicht kenne. (Beifall.) Reformbedürftig ist besonders das Vorverfahren. (Zehr richtig!) Seine Mängel machen den Richter nervös, den Staatsanwalt nervös, und der Verteidiger ist von vornherein nervös. (Weiterf.) Sie sind nicht informiert. Man sollte zunächst wenigstens den Staatsanwälten selbständige, von der Polizei unabhängige Organe zur Verfügung stellen. Redner schließt seine mit großem Beifall aufgenommene Rede mit der Aufforderung an den Staatssekretär, in diesem Sinne zunächst wenigstens persönliche Anregungen zu geben. Es soll an Stelle des alten harten Satzes: „Fiat justitia, pereat mundus“ fortan heißen: „Fiat justitia, non pereat mundus!“ (Beifall.) — Abg. Dove (Sp.): Auf Mele Generalbeichte eines Professors könnte ich als alter deutscher Richter ebenfalls eine folgen lassen. Ich verziehe aber darauf. Aus der Strafprozedur sollte man zunächst diejenigen Materien heranziehen, über die Einigkeit besteht, sie könnte man erledigen trotz der bedrängten Geschäftslage, in der wir uns gewohnheitsmäßig durch die Schuld der Regierung befinden. Auch wenn die Richter vom Volke gewählt würden, würden wir wieder Klassenjustiz haben. Eine bewußte Klassenjustiz haben wir nicht, es gibt aber Klassenjustizaktionen. Die Rechtsprechung muß von allem entfernt werden, was politische Begeisterung hat. Die Wahl der Richter durch das Volk würde eine ausgedehnte politische Kollation geben. Aber Politik und Rechtsprechung müssen streng getrennt werden. Das Reichsrecht scheint den Einzelstaaten gegenüber nicht immer gewahrt zu werden, so bei den preussischen Gesetzen über die Arbeitsämter und Maßregeln. Redner fordert Erhöhung der Gebühren der Sachverständigen und Zeugen. Es würden viel zu viel Verweise gemacht. Dr. von Collet habe viele nützliche Anträge gegeben. Ein Hauptmangel aber sei, daß die Angelegenheiten die Praxis nicht kennen. Die Gerichte dürfen nicht überbürdet und mit kleinem Schreibeapparat belastet werden. Die großen geistig-ethischen Werte, die in Aussicht ständen, müßten von freibilligen, juristischlichen Weisheit erfüllt sein.

Staatssekretär Dr. Vico

gibt einen Überblick über die Vorgänge auf dem Gebiete der Rechtspflege und ihrer Erleichterung. An die Revision der Zivilprozedurordnung können wir nur langsam durch Sammlung von Erfahrungen heranzutreten, aber sie wird kommen, sobald die Strafrechtsreform weiter vorgeschritten ist. Auch eine Aenderung der Konkursordnung wird kommen, ist aber jetzt noch nicht beabsichtigt. Kechnlich liegt es mit dem außergerichtlichen Vergleich. Der Staatssekretär erwähnt die Schwierigkeiten, besonders die Notwendigkeit, dabei auch gewisse Zwangsmittel gegen die Gläubiger zu schaffen. Ueber die Konkurrenzklausele ist ein Gesetzesentwurf aufgestellt auf der Grundlage der sogenannten besetzten Kassen und wird in der nächsten Session vorgelegt werden. Das gleiche gilt für die Pachtlichkeits der Eisenbahnen für Sachschäden. Nachdem die Konkurrenz über das internationale Vorkaufrecht recht erfolglos geblieben ist, wird das heimatische Recht selbständig geregelt werden. Eine internationale Vereinbarung über das Wechsel- und Scheckrecht ist zu erwarten. Ueber die Vereinfachung des Secretheas wird dem Reichstage noch in dieser Session eine Vorlage gehen. Tagungen sind die Bundesregierungen der Anstalt, daß eine allgemeine Erhöhung der Gebühren der Rechtsanwälte nicht notwendig ist. Der Schaden liegt vielmehr in der Ueberfülle von Anwälten. Ob die Erhöhung der Gebühren für Zeugen und Sachverständige, worüber ein Gesetzesentwurf schon seit zwei Jahren fertig ist, jetzt vorgelegt wird, darüber schweben Erwägungen. Das neue Strafrechtbuch wird dem Reichstage in der gegenwärtigen Legislaturperiode nicht vorgelegt werden können.

Abg. Goltzke (kons.) bittet um recht baldige Vorlegung einer Novelle über das Jugendrecht und andere dringende Materien. Redner spricht über die neuerlich sich häufenden Zusammenstöße zwischen den Richtern und Verteidigern und führt das auf die Beklemmung der Rechtsanwälte zurück. Er begründet eine Resolution seiner Fraktion, die zum Schutze der Jugend einen Gesetzesentwurf gegen die Schmutz- und Schandliteratur und die Auswüchse der Kinematographen fordert. Schließlich verurteilt er den Richterstand gegen die Angriffe Stadthagens. — Abg. Dr. von Vassow (Volte) begründet eine Resolution, die Tagelöhner für die Schöffen und Geschworenen fordert. Redner führt weiter Bekümmern über Verlegungen des Vereins- und Versammlungsrechtes. Bei dem unzulässigen Polen operieren die Richter mit dem Gedanken, er wolle Provinzen überreichen. — Abg. Martin (Methsp.) Die maktiven Uebertreibungen des Herrn Stadthagen geben ein Urteil über seine ganzen Ausführungen. Eine solche Anstalt liegt auch im Interesse der Angeklagten. An den Jantereien vor Gericht trägt eine gewisse Gruppe von Verteidigern die Schuld, aber auch die Richter werden oft in einer Weise nervös, wie es sich nicht gehört. Aus Projekten, bei denen es sich um Leben und Freiheit handelt, dürfen nicht Spektakelstücke gemacht werden. — Schluß 6 1/2 Uhr. — Weiterberatung morgen 1 Uhr.

Beamtenfragen im preussischen Landtag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus verhandelte heute in fortgesetzter Beratung des Eisenbahnetats über allgemeine Beamtenfragen. Von verschiedenen Rednern wurden wieder Aufbesserungen für eine ganze Reihe von Beamten und Arbeiterkategorien der Eisenbahn gefordert. Minister v. Breitenbach erklärte, alle Organisations des Personals als dessen Vertretung anzuerkennen, soweit sie auf dem Boden der gegenwärtigen Staatsordnung ständen. Ein Bedürfnis für die Beamtenauschüsse könne er nicht anerkennen. Eine gesetzliche Regelung der Dienst- und Ruhezeit sei nicht am Platze. So sehr er als Chef auf dem Standpunkt stehen

musse, die Lage des Personals dauernd zu verbessern, müsse er doch auch bitten, die Ansprüche in Grenzen zu halten. Die Beratung wird morgen fortgesetzt.

Die braunschweigischen Wahlrechtsvorlagen.

Braunschweig. (Priv.-Tel.) Staatsminister Hartwig trat im Landtag für die baldige Verabschiedung der Wahlrechtsvorlage ein, die einen großen Fortschritt gegen die jetzigen Verhältnisse bedeutet, einmal durch die Vereinfachung des indirekten Wahlverfahrens, ferner dadurch, daß sie auch der dritten Klasse und damit auch der Sozialdemokratie die Möglichkeit gewährt, einen Vertreter in den Landtag zu entsenden.

Das Ergebnis der Sonnenfinsternisbeobachtung.

Berlin. (Priv.-Tel.) Ueber die Sonnenfinsternisbeobachtung auf der königlichen Sternwarte wird noch mitgeteilt: Die Beobachtung der Sonnenfinsternis und ihrer Begleiterscheinungen wurde auf der hiesigen königlichen Sternwarte mit allen verfügbaren Instrumenten von den Astronomen der Sternwarte und einigen Vätern unter recht günstigen Umständen ausgeführt. Der Eintritt des Mondes in die Sonnen Scheibe fand 04 Minuten, der Austritt 05 Minuten früher statt, als die Vorausberechnung des Berliner astronomischen Jahrbuches ergeben hatte. Die genauen Zeiten sind 12 Uhr 7 Min. 33 Sec., beziehungsweise 2 Uhr 46 Min. 27 Sec. mitteleuropäischer Zeit. Einen äußerst interessanten Aufschluß gewährte das Profil des auf die Sonnen Scheibe projizierten Mondrandes mit seinen bedeutend durch hohe Gebirge verursachten Unebenheiten. Außer der Beobachtung des Ein- und Austrittes wurden um die Mitte der Verfinsternung einige photographische Aufnahmen der Sonne unter gewissen Vorsichtsmaßnahmen genommen, um etwaige Spuren der sonst nur während der kurzen Dauer totaler Sonnenfinsternis sichtbaren Sonnenkorona, deren Erforschung von größter wissenschaftlicher Bedeutung ist, festzustellen. Leider wurden die Aufnahmen vor der allmählichen Verschleierung des Himmels durch leichte Cirruswolken sehr beeinträchtigt, so daß ein endgültiges Urteil über das Ergebnis noch nicht gefällt werden kann. Es wird abzuwarten sein, ob Koronaaufnahmen in Südwest-Europa, wo die Sonnenfinsternis anscheinend total geworden ist, gelungen sind, um durch Vergleichung dieser mit den hiesigen präzisieren zu können, wie die Ausläufer, Koronaaufnahmen auch außerhalb totaler Sonnenfinsternis zu erhalten, zu bewerten sind. Ferner wurden fortgesetzte Temperaturablesungen besorgt, die ergaben, daß hier nach Beginn der Verfinsternis die Temperatur zu fallen begann, um etwa eine Viertelstunde nach der Mitte der Verfinsternung mit nahe zwei Grad unter dem Stand vor dem Eintritt des Mondes ein Minimum zu erreichen und darauf wieder anzusteigen. Die Sonnenfinsternis hat demnach den normalen Verlauf der Tagestemperatur ganz beträchtlich beeinflusst. Das Barometer zeigte keine Störungen.

Eine Automobilstraße im Grünwald.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Projekt, eine Automobilstraße im Taunus zu schaffen, ist fallen gelassen worden, dagegen sind die Verhandlungen der Automobilverkehrs- und Lebensstraßen-Gesellschaft mit den beteiligten Behörden über eine Automobilstraße im Grünwald von Erfola gemein. Der Vorherrscher stellt einen 20 Meter breiten Schutzstreifen an der Westlicher Bahn zur Anlage der Bahn am Nilotassee zur Verfügung. Eine Fortführung der Straße am Nilotassee über das Terrain des Prinzen Friedrich Leopold nach Potsdam ist beabsichtigt, vorläufig jedoch an dem Widerstreit einiger Grundbesitzer gescheitert. Der Bau der 12 Kilometer langen Straße soll alsbald in Angriff genommen werden. Die Kosten sind auf etwa 3 Millionen Mark veranschlagt. Der Vorherrscher will als Entgelt für die Herabgabe des Geländes mit einem Drittel an dem Ueberdies teilnehmen.

Der russisch-deutsche Grenzzwischenfall.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der von der russischen Grenzbehörde verhaftete preussische Grenzkommisario Dreher befindet sich nach einer bei seiner Gattin in Indisposition eingegangenen Meldung in Gradnow. Es ist möglich, daß er vor Klärung der Angelegenheit nach Petersburg transportiert wird. In der Verhaftung wird nach berichtet, daß sich Dreher auf einem Dienstwege befand. Bei der Festnahme wurde ihm der Degen aberkannt. An Entschädigung hat man um das Schicksal Dreher's keine Veranlassung, da unliebsame Zwischenfälle und Mißverständnisse an der Grenze keine Seltenheit sind. Trotz der sofortigen Intervention des Stollpöner Landrats glaubt man, daß bis zur Freilassung immerhin noch acht bis zehn Tage vergehen werden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Bei der Verhaftung des preussischen Grenzkommisarios Hauptmanns Dreher auf dem Bahnhofs Vorhaben scheint, wie der „Taal. Rundsch.“ geschrieben wird, eine Wiederverhaftung von Handlung der russischen Behörden vorzuliegen. Vor einiger Zeit las man in der russischen Presse, daß der langjährige Stationschef von Wirballen beim Betreten der preussischen Schutzwache auf Befehl der Regierung in Kinnasbera wegen Spionageverdachts verhaftet worden sei. Da keine Aufklärung über diesen Fall erfolgte, so verlangte die russische Presse immer dringender in der letzten Ausdrücken die Freilassung des Beamten und eine amtliche preussische Erklärung. Vielleicht glaubte die russische Behörde, daß Hauptmann Dreher irgendwo an der Verhaftung beteiligt sei. Durch seine nunmehrige Verhaftung dürfte sich ein wichtiger Zeuge gegen den russischen Beamten in russischen Händen befinden.

Eröffnung des türkischen Parlaments.

Pera. Um 2 Uhr nachmittags wurde das Parlament feierlich eröffnet. Zugegen waren der Sultan, der Thronfolger, zwei Prinzen, das diplomatische Korps, die Minister, die Würdenträger und Deputierte. Auch fast alle Senatoren wohnten der Eröffnung bei. Der Großwesir verlas die Thronrede, welche außer zur inneren Politik und zu den Vorfällen in Aretia und an der persischen Grenze folgendes besagt: Der zu Unrecht und im Gegensatz zu den Verträgen von Italien beunruhigte Aretia dauert trotz des allseitig geäußerten Wunsches nach Frieden an. Auch wir wünschen den Frieden; aber kein anderer Friede kann den Krieg beenden, als der, welcher unser Souveränitätsrecht vollständig unverletzt aufrecht erhält.

Mexiko und die Vereinigten Staaten.

Mexiko. In seiner Erwiderung auf die Note der Vereinigten Staaten, durch welche die mexikanische Regierung verantwortlich gemacht wird für jede künstlich vorkommende schlechte Behandlung von amerikanischen Bürgern, bekräftigt der mexikanische Minister des Aeußeren der Regierung von Washington das Recht, Mexiko eine Vermahnung zu erteilen, da diese nicht im mindesten begründet sei. Der mexikanische Minister bekräftigt weiter, daß die Regierung von Mexiko verantwortlich sei für Gewalttaten, die in den von der Empörung ergriffenen Gebieten begangen worden sind, aber nicht aber die volle Verantwortung für jeden den Ausländern zugefügten Schaden, für welchen die mexikanische Regierung verantwortlich gemacht werden könne. Der Minister fügte hinzu, daß den Führern der Bundesstruppen Vorschlag anempföhlen worden sei, um eine gute Behandlung der fremden Kriegesgefangenen sicherzustellen und schließlich: General Droth habe sich allein den amerikanischen Gerichten gegenüber für verantwortlich und er sollte daher nicht zum Empfänger diplomatischer Mitteilungen gemacht werden.

Zusätzliche Informationen und Randnotizen, die teilweise abgeschnitten sind.